

Kommunale Bodenvorratshaltung statt Abwicklung der Bodenreform in Ostdeutschland

Elisabeth Meyer-Renschhausen

Ist es sinnvoll, im Zeitalter der ökologisch und sozial motivierten Agrarwende Bodenbesitz in den Händen einiger Großgrundbesitzer zu konzentrieren? Als Bundesminister der Finanzen war Hans Eichel kein Mann, dem sich leichtfertige Entscheidungen nachsagen ließen. Dennoch wollte er Bodenreformland – noch knapp 20% der Fläche der neuen Bundesländer – in der ehemaligen DDR verkaufen. Eben solche Absichten hegt die Große Koalition aus SPD und CDU. Ostdeutsche Agrarbetriebe sollen die Äcker zu bevorzugten Preisen bekommen können. Aber welche ostdeutschen Agrarbetriebe? Ausschließlich die ca. 4000 ostdeutschen Großbetriebe mit oftmals mehr als 1000 Hektar sollen das Land extrem vergünstigt bekommen. Dabei beschäftigen sie unterdurchschnittlich wenige Arbeitskräfte. Im Gegensatz zu kleineren Höfen arbeiten sie nicht wirtschaftlich, denn bis zu 70% ihres Gewinns besteht aus Subventionen, während die kleineren Höfe teilweise nur 17% Subventionen oder weniger bekommen. Dennoch sollen die bäuerlichen Höfe der „Wiedereinrichter“^[1] leer ausgehen.

Will die Große Koalition ernsthaft de facto feudalen Großgrundbesitz wieder herstellen? Ländern und Kommunen bliebe noch nicht einmal so viel Land, dass sie darauf soziale, ökologische, Arbeitsplätze schaffende Experimente ermöglichen oder auch nur neue Kleingartenkolonien anlegen lassen können. Notwendig ist jedoch eine kommunale Bodenvorratswirtschaft, mit der Auswüchse der Spekulation mit Grund und Boden verhindert werden können und zukünftig Siedlungen und Nachbarschaftsgärten für Selbstversorger und gering Verdienende möglich werden. Nur damit wird man die Bewohner kleiner Landstädte und Dörfer auf dem Lande halten können.

Es wird damit argumentiert, dass die Großbetriebe auch heute noch Genossenschaften sind, die einer Gruppe von Bauern Lohn und Brot geben. Das war zwar in den frühen 1990er Jahren zutreffend, stimmt heute jedoch nur noch für ein Drittel der LPG-Nachfolgebetriebe; alle anderen haben sich in Agrar-GmbHs u.ä. verwandelt. Aufgrund der weltmarktfixierten Agrarpolitik in Brüssel betreiben sie mehrheitlich einen in dieser Ausschließlichkeit ökologisch sehr fragwürdigen reinen Pflanzenbau. Damit brauchen sie für jeweils ca. 175 bis zu 400 Hektar nur noch eine einzige Arbeitskraft. Kleinere bäuerliche Betriebe hingegen beschäftigen grundsätzlich zumindest das Doppelte an Arbeitskräften, ca. 1 AK auf 75 ha. Und kleinräumlicher Ackerbau ist in der Regel sehr viel umweltfreundlicher.^[2]

Kampf ums Land

In Ostdeutschland tobt ein Kampf um das Land. Es herrscht eine das soziale Klima auf dem Land und in den Dörfern verderbende Missgunst der Großen gegenüber den Kleinen und aller gegen alle. Sie wird gut beschrieben in einem Filmbericht über „Die Siedler“ von Kleinjasedow an der Peenemündung in der Nähe der Ostsee. Dort siedelte sich Ende der 1990er Jahre eine Künstler-Gruppe aus der Schweiz an. Die Gruppe setzte in unzähligen Arbeitsstunden alte verfallene Stallgebäude wieder in Stand. Dann begannen sie als Lehrer und Musiker zu arbeiten. Der Bürgermeister war froh über den Zuzug von 20 Menschen in die im Aussterben begriffene Gemeinde, zumal die Gruppe es sogar schaffte, einige der Ortsbewohner wieder in Lohn und Brot zu versetzen. Eines Tages wurde der Künstler-Gruppe der Kräutergarten im Dorf angebo-

ten, der etwa zwei Jahre zuvor im Rahmen einer ABM-„Maßnahme“ eingerichtet worden war. Als die ABM-Stellen ausgelaufen waren, wusste man seitens des Gemeinderates nichts mehr mit den Kräuterbeeten anzufangen. So begann die Künstler-Gruppe mit Hilfe örtlicher Hilfskräfte Ök Kräuter für einen Bioladen in Hamburg anzubauen. Bald begann sich der Anbau richtiggehend zu lohnen – bis eines Morgens alle Beete weiß und die Kräuter verdorrt waren. Der den Ort umgebende LPG-Nachfolge-Betrieb hatte den Garten ‚versehentlich‘ mit Ackergiften eingestäubt. Vor laufender Kamera gab eine der vier neuen Großgrundbesitzerinnen als Grund an, dass die Siedler dem Ort „mit Gewalt einen neuen Lebensstil hätten aufzwingen“ wollen.

Anders als in dem immer schon von Großbetrieben beherrschten Norden der ehemaligen DDR dominieren im Süden Ostdeutschlands die Großbetriebe nur den Flächenanteil. Zahlenmäßig stellen hier die Einzelbauern die Mehrheit – in Sachsen gibt es 4000 sogenannte „Wiedereinrichter“, die meisten „Nebenerwerbsbauern“ gegenüber 1000 LPG-Nachfolgebetrieben. Letztere haben jedoch 90% der Fläche. Auf dem sächsischen Bauerntag in Dresden berichtete der Bauer Jörg Klemm, Vorsitzender des sächsischen Bauernverbandes, wie sein damals 60jähriger Vater 1990 beschloss, sich sein Land von der LPG zurückerstatten zu lassen und als „Wiedereinrichter“ neu anzufangen. Aber Vater und Sohn, der den Hof inzwischen übernommen hat, hatten nicht mit der Misgunst und der Macht der neuen Agrar-GmbHs gerechnet. Die Chefs der Agrar-GmbHs verboten ihren Mitarbeitern jegliche Kontakte zu neuen Einzelbauern und trieben sie in die soziale Isolation.^[3]

Die 4000 Einzelbauern haben in Sachsen zusammen nur 10 % der Fläche, also alle nicht sehr viel Land zur Bewirtschaftung. Manche würde gern etwas Land hinpachten, um so auskömmlicher arbeiten zu können. Dabei wollen sie in den meisten Fällen gar nicht mehr als einen sich wirtschaftlich tragenden Nebenerwerbsbetrieb, weil der Partner oder die Ehefrau meistens einem eigenen Beruf nachgeht und der Betrieb auf diese Art und Weise auch einmal ein Jahr mit verhagelter Ernte überleben kann.

Aber was die kleinen Höfe in Sachsen nicht bekommen, ist Land. Die 1000 Großbetriebe haben 90 % der Fläche gekapert und sind nicht bereit, auch nur einen Quadratmeter abzugeben. Die Behörden vergeben alles Land ausschließlich an die Großen. Die Vetterwirtschaft in den Schaltstellen der Macht funktioniert auch 15 Jahre nach der Wende noch so gut wie eh und je.

Wenn nun auch noch die Treuhand-Nachfolge das bisherige Pachtland (das umstrittene Bodenreformland von 1945) im Auftrag der Bundesregierung ausschließlich an Großbetriebe verkauft, wird für die bäuerlichen Familienhöfe – so befürchten die Wiedereinrichter – die Sache für Jahrhunderte gelaufen sein. Leider laufen alle geltenden gesetzlichen Bestimmungen darauf hinaus, die LPG-Nachfolgebetriebe zu bevorzugen. Und obwohl es sich in den meisten Fällen nicht mehr um Genossenschaften handelt und sie nur noch sehr, sehr wenig Leute beschäftigen und de facto von ihren Subventionen leben.

Abwicklung der Bodenreform nach Gutsherrenart ?

Um die extreme Bevorzugung der ostdeutschen Großbetriebe gegenüber den kleinen Höfen zu verhindern, hat der habilitierte Landwirt Jörg Gerke in Mecklenburg-Vorpommern die „Interessengemeinschaft Boden“, kurz IG Boden, ins Leben gerufen. Er hält die Tatsache, dass in Ostdeutschland Flächen aus öffentlicher Hand, dem ehemaligen volkseigenen Land der DDR, verbilligt an Großbetriebe abgegeben werden, für eine unglaubliche Ungleichbehandlung kleinerer Landwirte. Das ehemalige Treuhandland ist heute unter der Verwaltung der Nachfolgerin der Treuhand, der BVVG, der Bodenverwertungs- und Verwaltungsgesellschaft, deren einziger Auftrag es ist, die Flächen zu privatisieren.^[4]

Aber das Land, welches die BVVG verkaufen soll, ist ehemaliges Bodenreformland. Das Bodenreformland kam 1945 durch Enteignung der Gutshöfe und Großbauern mit über 100 Hektar Fläche in staatliche Obhut. Diese Bodenreformen waren seit fast allen sozialen Bewegungen seit über 100 Jahren gefordert worden. Auch in den Westzonen des am 8. Mai 1945 untergegangenen

Deutschen Reichs planten und vollzogen – wenn auch nur in geringem Maße – die Besatzungsmächte derartige Bodenreformen. In der sowjetisch besetzten Zone ging es bei den Enteignungen keineswegs nur nach der Größe, sondern es wurden auch erklärte Nazigegner unter den Großgrundbesitzern vollständig enteignet und vertrieben und zudem auch bäuerliche Betriebe als angebliche Nazis ihres Hofes verstaatlicht. Das Land wurde unter Landarbeitern und unter den Flüchtlingen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten zwecks Selbsthilfe durch Subsistenzwirtschaft aufgeteilt. Zur Ernährung der Hungernden aus staatlichen Geldern war die Verwaltung der Ostzone angesichts der Not in der Sowjetunion nicht in der Lage.

Das Bodenreformland wurde zumeist in Neubauernhöfe in der Größe von 5 bis 10, meistens etwa 8,5 Hektar aufgeteilt. Sie wurden vor allem Flüchtlingsfamilien aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten zugeteilt, die in Pommern, Schlesien oder Ostpreußen oftmals auch bereits Bauern gewesen waren. Auch ehemalige Landarbeiter bekamen Bodenreformland. Die sowjetische Besatzungsmacht nahm damit die Versuche des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun gleich nach dem ersten Weltkrieg 1918/19 wieder auf. Braun hatte damals versucht, Bodenreformen umzusetzen. Leider beschloss man für den Staat zu hohe Entschädigungsgelder auch an bankrotte Rittergutsinhaber zahlen zu wollen. Daher war die Ansiedlung von Neusiedlern auch in jenen schon damals von Entvölkerung bedrohten Gebieten Brandenburgs nach 1918 nur in geringem Umfang gelungen. Teilweise beruhten diese Ansiedlungen auch auf der Initiative von privaten Terrangesellschaften, wie der 1912 in Frankfurt/Oder gegründeten „Landgesellschaft Eigene Scholle GmbH“, der es gelang in Dessau bei Neuruppin Land aufzukaufen und an Siedler zu vergeben. Die Flüchtlinge aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten, die 1945 als „Neubauern“ Bodenreformland erhielten, verloren es 1989 vielfach wieder, soweit das Land nicht auf ihren Namen in die Grundbücher eingetragen worden war und sie keine aktiven Bauern mehr waren.

Die eine Million Hektar Bodenreformland bzw. seit 1990 eine Million Treuhand- und heute BVVG-Land sollen an die LPG-Nachfolgebetriebe, heute meistens Agrar-GmbHs u.ä., zu besonders günstigen Konditionen verkauft werden. Bis zu 35 % verbilligt sollen sie das Land erwerben können. Warum? In der Regel sollen jene Betriebe, die den bisher gepachteten Boden tatsächlich bewirtschaften, auch kaufen können. Das klingt zunächst vernünftig. Boden ist teuer. Man will den LPG-Nachfolge-Betrieben das Weitermachen nicht noch einmal unnötig erschweren. Der Haken ist, dass die „Wiedereinrichter“ kaum je Land von der Treuhand bzw. der BVVG pachten konnten. Bäuerliche Betriebe, die wie beispielsweise derjenige von Jörg Gerke in Mecklenburg-Vorpommern kaum je mehr als 100 Hektar haben, können nicht zukaufen, weil sie niemals von der Treuhand Land verpachtet bekamen. Die LPG-Nachfolgebetriebe beanspruchten seit den frühen 1990er Jahren das ganze Land und wirtschaften auf 1000 ha und mehr.^[5]

Soll angesichts dieser Schieflage in der Verteilung der Bundesfinanzminister das BVVG-Land wirklich verkaufen? Wäre es nicht sinnvoller, dass Landkreise, Kommunen wie auch Städte wieder eine Bodenvorratswirtschaft betreiben, um der Bodenspekulation entgegen zu wirken, nachhaltige Landwirtschaft auch potenziellen Neuanfängern zu ermöglichen und damit die Steigerung von Mieten verhindern? Die Kommunen hatten in Krisenzeiten und bei Hungersnöten wie zur Zeit des ersten Weltkriegs, in den 1920er Jahren oder nach 1945 vorrätiges Land, um Hungernden Parzellen zur Selbstversorgung zukommen zu lassen. Will man die Entvölkerung ganzer Regionen im Nordosten der Republik verhindern, wird darüber nachzudenken sein, ob den noch in den Dörfern lebenden Menschen staatliches Pachtland billig überlassen werden soll – für ein Handwerk, für eine Hobbylandwirtschaft oder für eine „alternative“ Selbstversorgung, also für Menschen, die noch bereit sind, in entvölkerten Gebieten zu bleiben oder wieder dorthin zu ziehen.

Der scharfe Streit um das Land ist ein Erbe der Privatisierung des Landbesitzes im Zuge der Stein-Hardenberg'schen Reformen des frühen

19. Jahrhunderts. Damals hatte man leichtfertig die Allmenden privatisiert und zudem tatsächlich das Land der Halb- und Kleinbauern eingezogen („die können sich ja doch nicht auskömmlich davon ernähren“ – das war schon damals das Argument!), was sofort zu immensen Hungersnöten und Proletarierehend führte. Als man den Fehler einsah und die Reformen – zwecks Entlastung der Kommunen von den zu versorgenden Armen – zurückdrehen wollte, war es zu spät. ^[6] Seither wurde während des ganzen 19. Jahrhunderts bis in die Zeit des 1. Weltkriegs weltweit die Notwendigkeit von Bodenreformen diskutiert. Die frühen deutschen oder englischen Soziologen um 1900 waren – von links bis rechts – nahezu alle von der Notwendigkeit von Landreformen überzeugt. Bald nach 1900 begannen mutige Terraingesellschaften die Bodenreform in die Tat umzusetzen, indem sie marode Rittergüter aufkauften. Aber da sie Privatinitiativen blieben, kam ihr Neuland nicht den Bedürftigen zu gute.

Bund, Länder und Kommunen können den Streit um Grund und Boden abmildern, indem sie stets einen gewissen Prozentsatz des Landes als Pachtland in eigener Regie behalten und unter ganz bestimmten Auflagen verpachten. Selbstverständlich müssen etwa Demeterhöfe wie Brodowin, die aus ökologischen Gründen eine Siebenfelder-Wirtschaft betreiben, den Grund zumindest für 7 Jahre verpachtet bekommen. Angesichts der ostdeutschen Erwerbslosenraten von 20 bis 30% ist es angebracht, dass die Öffentlichkeit und ihre Regierung sich an das Instrument der Bodenreform zu erinnern beginnen.

Literatur:

Andrea Fink-Keßler im Gespräch mit Jörg Klemm, „Existenzgründungen um die bäuerliche Kultur zu erhalten“, in: Die Bauernstimme, Januar 2005, S. 8.

Jörg Gerke, Gezielte Verteilung von Agrarmilliarden an ostdeutsche Großbetriebe, in: Bauernstimme Sonderdruck vom Juli-August 2002.

Jörg Gerke, Zur Transformation der Landwirtschaft in Ostdeutschland – Eine Zwischenbilanz, in: Der Kritische Agrarbericht 2003, S. 54-57.

Der kritische Agrarbericht 2005, hrsg. vom Agrarbündnis Rheda-Wiedenbrück / Hamm: Abl-Verlag 2005.

Werner Kuchs, Einigkeit und Recht und Freiheit auch für die deutsche Landwirtschaft, eine zeitgeschichtliche Dokumentation, Krichheim/Teck 1996 (zu beziehen über Dr.Kuchs@t-online.de)

Adolf Damaschke, Die Bodenreform, Jena 20. Aufl. 1923 (1. Aufl. 1913).

Elisabeth Meyer-Renschhausen / Hartwig Berger, Bodenreform, in: Handbuch der deutschen Reformbewegungen, 1880-1993, hrsg. Diethart Kerbs, Jürgen Reulecke, Wuppertal: Peter Hammer 1998, S. 265-277.

Herbert K. R. Müller, Das Bodenproblem einst und jetzt, in: Sozialwissenschaftliche Schriftenreihe, Beilage zu den "Informationen für Kultur, Wirtschaft und Politik", Hamburg o.J.

Anmerkungen

- [1] „Wiedereinrichter“ nennt man diejenigen Bauern, die 1990 wieder neu als bäuerliche Familienbetriebe oder Einzelbauern begonnen haben, sei es auf ihrem aus der LPG zurück erhaltenen eigenen Land oder aber gepachteten oder gekauften Land. Die Kollektivierungsprozesse in der DDR hatten den Einzelbauern, die nicht mehr als 100 Hektar besaßen, auf dem Papier als Besitzer belassen.
- [2] Daß in den meisten Ländern der Dritten Welt eine Bodenreform die Hungerprobleme lösen würde, ist in den Gremien der Welternährungs-Organisation der FAO unbestritten. In Brasilien kämpft die Landlosenbewegung Sem Terra um ihr Recht auf anbaufähigem Land. Brach liegende Felder stehen Landlosen zur Bestellung zu, aber immer wieder kommt es zu Massakern an Landbesetzern wie etwa im Jahr 1996 im Bundesstaat Pará. Laut Gesetz nämlich steht Armen das Land von Großgrundbesitzern zur Eigenbewirtschaftung zu, wenn letztere es brach liegen lassen.
- [3] Andrea Fink Keßler im Gespräch mit Jörg Klemm, „Existenzgründungen um die bäuerliche Kultur zu erhalten“, in: Die Bauernstimme, Januar 2005, S. 8.
- [4] Der Auftrag der BVVG ist die Privatisierung ehemals volkseigener Vermögenswerte der Land- und Forstwirtschaft. Die BVVG-Flächen (ehemalige Treuhand-Flächen) machen in Ostdeutschland einen Anteil von fast 20 Prozent an der landwirtschaftlichen Nutzfläche aus. Die BVVG ist in den neuen Bundesländern derzeit noch für etwa 1,4 Millionen Hektar Äcker, Wiesen und Wälder zuständig. Sie hat in den kommenden Jahren insgesamt noch circa 900.000 Hektar Acker- und Grünland und etwa 270.000 Hektar Wald zu privatisieren (Stand 31. Mai 2002)
- [5] Die „gegenseitige Bauernhilfe“ der DDR hatte sich in einen ostdeutschen Bauernverband gewandelt, der dann dem Bauernverband DBV beigetreten war, der seit Gründung vor über 100 Jahren stets vor allem die Interessen der Großagrarier vertrat und vertritt, dabei seit 1945 vor allem von CDU/CSU unterstützt.
- [6] Karl Steinbrück, Artikel Agrarverhältnisse der Neuzeit. in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften 3. Auflage.